

Märkische Linke

Zeitung der LINKEN für Ostprignitz-Ruppin

November/Dezember 2019 06/2019

Eine Ära geht zu Ende

Kreisvorstand beschloss Einstellung der Märkischen Linken zum 1. Januar 2020

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser, mit dieser Ausgabe der Märkischen Linken haltet ihr die vorerst letzte Ausgabe der Märkischen Linken in euren Händen. Der Kreisvorstand der LINKEN. OPR beschloss auf seiner Sitzung im Oktober, die Zeitung des Kreisverbandes zum 1. Januar 2020 vorerst einzustellen. Das ist für den Kreisverband ein herber Verlust und soll in Zukunft durch einen Ausbau der Informationen unseres Kreisverbandes im Internet (www.dielinke-opr.de, Facebook: DIE LINKE OPR), zumindest ein wenig, aufgefangen werden.

Aber warum geht der Kreisvorstand diesen schweren Schritt?

Es ist so, dass seit über einem Jahr die Zeitung nicht mehr von einer Redaktion, sondern dem Kreisvorstand herausgegeben wird. Dieser Zustand war von Anfang an nur als Übergangslösung geplant, bis sich wieder mehr Mitglieder für die Arbeit der Redaktion begeistern würden. Leider ist das bis zum letzten Kreispar-

teitag und auch danach nicht passiert, und dadurch war der Vorstand gezwungen, diese Entscheidung zu treffen. Es ist einfach so, dass neben Wahlkämpfen, Kampagnen und der Vorstandsarbeit bei vielen einfach nicht die Zeit war, um sich auf die redaktionelle Arbeit zu konzentrieren.

Auch weiterhin hoffen wir inständig, dass sich eventuell in den nächsten Monaten noch Menschen bereit erklären, durch ihre Mitarbeit mit dafür zu sorgen, dass es nur eine Pause für die Märkische Linke wird und kein Ende. Was es bedeutet, sich redaktionell um eine Zeitung zu kümmern, wird ein Artikel in der Zeitung selbst noch ein wenig erklären.

Bis dahin möchte ich mich im Namen des Kreisvorstandes bei allen Leserinnen und Lesern, aber vor allen den Genossinnen und Genossen bedanken, die durch Ihre Arbeit diese Zeitung fast drei Jahrzehnte zu einem Sprachrohr linker Politik



Ohne Zeitung fehlt einfach was!

in OPR gemacht und dafür gesorgt haben, dass Mitglieder, aber auch Sympathisanten, informiert waren über die Partei und das, was sie erreicht und bewirkt hat.

Falls sich nach dem Lesen des Artikels ein paar von euch angesprochen fühlen und sich gern engagieren wollen, dann wendet euch bitte per Mail, Fax oder Telefon an den Kreisvorstand (Ansprechpartner Paul Schmudlach).

Paul Schmudlach
Kreisvorsitzender DIE LINKE. OPR

Soll es das wirklich gewesen sein?

Einige Gedanken und Informationen der Redaktion zur Entscheidung des Kreisvorstandes

Fast 30 Jahre war sie unser treuer Begleiter. Hunderte Genossinnen und Genossen, aber auch Bürgerinnen und Bürger des Landkreises OPR, freuten sich jeden Monat. Manche fieberten schon im Vorfeld, was gibt es Neues und Aktuelles, wie ist die Sichtweise unserer führenden Genossinnen und Genossen auf bestimmte Ereignisse, welche Ziele wollen wir wie erreichen. All das erfuhren sie ganz aktuell und sachlich.

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser, es geht um unsere Zeitung, die Märkische Linke.

Dieses heutige Exemplar wird die letzte Ausgabe sein. Der Kreisvorstand hat - wie von Paul Schmudlach auf dem Kreisparteitag am 26. Oktober verkündet - beschlossen, dass ab Januar 2020 ihr Erscheinen vorerst eingestellt wird.

Wir, die »Macher« unserer kleinen Zei-

tung, bedauern diesen Schritt sehr, zumal er aus unserer Sicht nicht notwendig und auch in der heutigen politischen Situation eher kontraproduktiv ist.

Herausgeber der Märkischen Linken war schon immer der Kreisvorstand. Die redaktionelle Arbeit erfolgte durch eine Redaktion, die in guten Zeiten aus 5-6 Mitgliedern bestand, jetzt leider nur noch aus Christa Horstmann, Achim Müller und Jürgen Schubert. Trotzdem haben wir es bisher immer geschafft, eine lesbare Ausgabe unserer Zeitung zu erstellen, und hätten es auch in der Zukunft weiterhin getan - wenn natürlich auch eine Verstärkung und Verjüngung des Teams in unserem Sinne wäre. Der geschäftsführende Kreisvorstand hatte in den letzten zwei Jahren die Funktion des verantwortlichen Redakteurs übernommen, die Redaktionssitzungen geplant und sich um die

Standardrubriken der Zeitung wie Bundestagsreport, Landtag und Landes- sowie Kommunalpolitik gekümmert. Warum dies für die Zukunft nicht mehr machbar sein soll, entzieht sich unserem Verständnis. Denn alles andere einschließlich Layout wurde ja weiterhin durch unsere kleine Redaktion erledigt, die (außer Christa Horstmann) immer nur aus Laien bestand, aber mit Herz und Fleiß bei der Sache war.

Wie es einst begann

Als in den 90er Jahren die PDS - auch in unserem Kreis - ums Überleben kämpfen musste, sie von politischen Gegnern angefeindet wurde und in den lokalen Medien kein Gehör fand, suchten Genossinnen und Genossen wie Joachim Behringer,

Fortsetzung auf Seite 3

Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

Keine Geschenke den Hohenzollern

Unter diesem Motto startete DIE LINKE. Brandenburg im August 2019 eine Volksinitiative. Grund dafür war, dass die Nachkommen des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II., der nach dem verlorenen 1. Weltkrieg abdanken musste, Entschädigungen vom Staat, Kunstwerke und ein Wohnrecht im Schloss Cecilienhof fordern.

Die sich heute im öffentlichen Besitz der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, der Stiftung preußischer Kulturbesitz und des Deutschen Historischen Museums befindlichen Objekte wurden nach 1945 auf Befehl der sowjetischen Militäradministration der Allgemeinheit übergeben und später in Volkseigentum überführt. Grundlage dafür war die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, um deren Macht zu zerstören und gegenüber dem Volk Wiedergutmachung zu leisten.

Nach dem Beitritt der DDR zur BRD witterten die Hohenzollern unter dem aktuellen Chef des Hauses, Prinz Friedrich von Preußen, ihre Chance, diese Besitztümer zurück in Privateigentum zu überführen. Diese Forderungen widersprechen aber gültiger Gesetzeslage, die Entschädigungen an jene, die Unrechtssystemen wie dem NS-Regime Vorschub bzw. Unterstützung leisteten, ausschließt. Aber genau das taten der Ex-Kaiser, sein Sohn Ex-Kronprinz Wilhelm sowie ein Großteil dieser Familie, wie die taz berichtete.

Wie die Hohenzollern dem Nazi-Regime verbunden waren, zeigt eine Fotoreportage der dänischen Illustrierten »Berlingske illustreret Tidende« vom 22. April 1934 (siehe dazu taz vom 6.10.2019 »Noch Platz auf dem Sofa«).

So zeigte sich Kronprinz Wilhelm von

Gemeinnützigkeit!

Der Bundesvorstand der Partei DIE LINKE verurteilt, dass der Bundesvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. die Gemeinnützigkeit entzogen wurde. Das Entziehen der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA ist genau das Gegenteil des zivilgesellschaftlichen Engagements, das von Regierungen und Parteien angesichts schrecklicher rechtsterroristischer Verbrechen allenthalben eingefordert wird.

Petition unterstützen: »<https://www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben>«!

Preußen ganz stolz in der Uniform eines SA-Führers, und seine Söhne ebenfalls in SA-Uniform. Bereits damals lässt sich der tiefsitzende Judenhass der Hohenzollern erkennen. 1919 schrieb der abgedankte Kaiser, dass kein Deutscher ruhen darf, bis diese Schmarotzer (gemeint sind die Juden) »vom deutschen Boden vertilgt und ausgerottet sind« (taz 6.10.2019). Später forderte er die totale Entrechtung der Juden und schreibt: »Ich glaube, das Beste wäre Gas«, und im Juni 1940 schickte er ein Glückwunschtelegramm an Hitler und gratulierte zum Sieg über Frankreich (taz 6.10.2019). Da darf man wohl mit recht von einer Verbundenheit mit dem Nazi-Regime und einem tiefsitzenden Antisemitismus der Hohenzollern sprechen.

Der heutige Chef des Hauses, Prinz Friedrich von Preußen, will ein Bürger der Bundesrepublik sein, lässt sich aber von seinen Bediensteten in alter Majestätsmanier auf Burg Hechingen mit »Königliche Hoheit« ansprechen (taz 6.10.2019).

Auch die Grünen im Bundestag sehen Probleme bei den Forderungen der Hohenzollern. Am 25.9.2019 brachten sie einen entsprechenden Antrag im Bundestag ein, mit dem die bisherigen Geheimverhandlungen mit den Hohenzollern offengelegt werden sollen (taz 6.10.2019).

In diesem Zusammenhang wäre es gut, wenn man mal erfahren würde, welche Haltung die Grünen als Regierungspartner im Brandenburger Landtag dazu beziehen. Einerseits will die Bundestagsfraktion der Grünen eine Offenlegung der Verhandlungsdokumente, andererseits beteiligt sich der Landesverband nicht an der Volksinitiative.

Aber ebenso sollte die SPD ihre Meinung zu dieser Problematik darlegen, auch wie z.B. ihre Landtagspräsidentin Frau Liedke es den Rheinsbergern erklären soll, wenn auch Rheinsberger Kulturgut an die Hohenzollern zurück ginge.

Sehr bemerkenswert ist, dass der Satiriker Jan Böhmermann in seiner letzten Sendung eindeutig zu dieser Problematik Position bezog und bisher unter Verschluss gehaltene Dokumente zu den Verhandlungen zum Herunterladen ins Netz gestellt hat.

Wer sich an der Volksinitiative beteiligen möchte, kann sich an alle Mitglieder und Geschäftsstellen der Partei DIE LINKE in Brandenburg wenden und seine Unterschrift leisten.

Mehr Informationen dazu im Internet unter »<https://www.dielinke-brandenburg.de/politik/volksinitiative/>«.

(Die Fakten wurden dem taz-Artikel »Noch Platz auf dem Sofa«, 6.10.2019, von Andreas Fanizadeh entnommen).

Kommentar

30 Jahre »Mauerfall«

Was war das für ein organisierter Jubel. 30 Jahre Mauerfall wurde landauf, landab von den Politikern als eine Erfolgsgeschichte gefeiert. Dass die Mauer von den Bürgern der damaligen DDR bezwungen worden und nicht einfach umgefallen ist, wird oft ignoriert. Ja, es ist gut, dass es keine Grenze mehr gibt, dass Reisefreiheit herrscht und? Die Bürgerrechtler, die 1989 die Hauptakteure der Wende waren, hatten aber etwas andere Ziele. Sie wollten eine andere, wirklich demokratische DDR mit offenen Grenzen, ohne Geheimdienst und mit Abrüstung. Kurz gesagt, sie wollten eine neue und moderne, demokratischere DDR mit außerparlamentarischer Opposition.

Dass es dann zu einer sogenannten Vereinigung, die in Wirklichkeit ein Anschluss der DDR an das System der BRD war, gekommen ist, war von den Regierenden der BRD gewollt. Nun wird sich voraussichtlich ein Jahr lang, bis zum Vereinigungs-Jahrestag am 3. Oktober 2020, die Geschichtsklitterung hinziehen. Dabei wird man, so ist absehbar, DIE LINKE immer wieder mit der SED in einen Topf werfen. Die konservativen und einflussreichen Kräfte haben immer noch nicht begriffen, dass DIE LINKE längst auf dem Boden des Grundgesetzes angekommen und eine demokratische Partei im Parteienspektrum Deutschlands ist. Selbst Bürgerrechtler der damaligen Zeit bescheinigen der LINKEN heute, dass sie nichts, rein gar nichts mehr mit der SED zu tun hat.

Nun tönte die AfD im Landtagswahlkampf: »Die Wende vollenden«. Was meinen denn diese, aus dem Westen gekommenen, Führer der AfD? Wissen sie überhaupt, wie die sogenannte Wende abgelaufen ist, habe sie den Prozess miterlebt? Es gibt viele linke Politiker, die diesen für sie schmerzlichen Prozess mitgestaltet, auf Fehler und Probleme hingewiesen haben und deshalb angefeindet wurden. Sie haben aber immer auf der Seite der Benachteiligten gestanden, haben versucht, die Brutalität dieser Zeit zu mildern. Sie standen auf Seiten derer, die ihre Arbeit verloren hatten, perspektivlos wurden und mit der neuen Ellenbogengesellschaft nicht klarkamen. Kurz gesagt, sie kümmerten sich um die Menschen.

Wenn wir LINKE uns dieser Tradition besinnen und uns wieder mehr um die Sorgen und Nöte der Menschen kümmern, werden wir zukünftig auch wieder bessere Wahlergebnisse erringen. hjm

Regionalkonferenz gut besucht!

Am Freitag, den 22. November 2019, trafen sich rund 70 Genossinnen und Genossen der Kreisverbände OPR, PR, HVL und OHV in Kyritz zu einer Regionalkonferenz mit dem Ziel, die schlechten Ergebnisse der zurückliegenden Wahlen auszuwerten und Verbesserungspotential zu entdecken und auszuschöpfen.

Nach den eröffnenden Worten der Landesvorsitzenden Anja Mayer und Diana Golze folgte eine offene Diskussionsrunde, bei der jeder und jede ihre Meinung offen aussprechen und sowohl bei der Basis als auch bei den Mitgliedern des Landesvorstandes Gehör finden konnten.

Danach ging es in drei Kleingruppen, in denen die Themen Außenwahrnehmung, Inhalte und Parteistrukturen

bearbeitet wurden. Nach ungefähr einer Stunde wurden die Ergebnisse präsentiert.

Unser Kreisvorsitzender Paul Schmudlach sagte nach der Konferenz: Natürlich ist uns bewusst das eine Konferenz und ein Parteitag nicht ausreichen werden, um das Ruder komplett herumzureißen, aber sie haben einen guten Anfang gemacht und uns als Kreisvorstand, aber auch dem Landesvorstand, die Dinge aufgezeigt, mit denen viele Genoss*innen an der Basis nicht einverstanden sind. Es liegt an uns,



Foto: Andrea Johlige

diese Dinge jetzt auch in unsere Arbeit mit einzubeziehen.

Nach den Schlussworten ging es für alle wieder zurück in ihre Kreise.

David Hölker

Soll es das wirklich gewesen sein?

Fortsetzung von Seite 1

Christa Horstmann, Horst Pastow oder Marita Lemke als Kreisvorsitzende eine Lösung, wie die Genossen mit aktuellen Informationen über die Arbeit und Entwicklung der Partei versorgt werden könnten. So wurde die Idee für ein kleines Infoblatt geboren. Zuerst noch namenlos, dann als »Linker märkischer Wanderweg«, mit Ausgabe 01/1998 als »Märkische Linke«. So entwickelte sich die kleine Parteizeitung immer mehr zu einem Medium, das für viele zum alltäglichen Leben einfach dazugehörte. Selbst Journalisten der Lokalpresse oder Mitglieder anderer Parteien im Kreis nutzten die Märkische Linke, um Anregungen zu holen und sich ein objektives Bild über unsere Partei im Kreis zu machen. Nicht selten konnte man von SPD- oder CDU-Mitgliedern hören, dass sie es bedauerten, dass ihre Partei nicht auch so eine Zeitung herausgibt.

Die Märkische Linke entwickelte sich kontinuierlich weiter. Als die Anti-Hartz IV-Demos auch Neuruppin erreichten und jeden Montag Hunderte auf die Straße gingen, etablierte sich die Märkische Linke zum Sprachrohr dieser Bewegung. Die Zusammensetzung der Redaktion änderte sich, Achim Müller kam hinzu, Ronald Bäckow wurde verantwortlicher Redakteur und Christa Horstmann brachte ihr journalistisches Wissen ein. Die Gestaltung der Zeitung erfolgte inzwischen am Computer durch Giselher Trepte (†), später dann durch Lutz Geue (†). Als Ronald die Redaktion verließ, übernahm Ronny Kretschmer die Verantwortung und durch Jürgen Schubert wurde die Redaktion verstärkt. Schnell entwickelte sich Jürgen

zu einem kompetenten Layouter, der auch alle Artikel fachgerecht redigierte und mit Unterstützung von Christa Horstmann für eine korrekte Rechtschreibung sorgte. Im Juni 2013 übernahm Jürgen Schubert die Leitung der Redaktion (die er Ende 2017 aus familiären Gründen niederlegte) und versuchte, diese personell weiter zu stärken, was allerdings immer nur kurzzeitig Erfolg zeigte. Als verantwortlicher Redakteur plante und organisierte er die gesamte Redaktionsarbeit, hielt Kontakt zum Kreisvorstand und den Regionalverbänden, traf Absprachen mit den Artikel-Schreibern, war auf Veranstaltungen unterwegs und organisierte gemeinsam mit Barbara Hinz und Doris Hochschild die Verteilung der Zeitung.

Auf einen neuen Chefredakteur warten also vielfältige und interessante Aufgaben, die aber mit persönlichem Einsatz, Freude an der Arbeit und einem guten Team kein Problem darstellen sollten.

An dieser Stelle ein Dankeschön den vielen Genoss*innen, Sympathisant*innen und Helfer*innen, die mit ihren Artikeln die Zeitung mit Leben erfüllt haben, die den Druck sicherstellten, die in der Geschäftsstelle die Verteilung vorbereiteten und nicht zuletzt denen, die in den Städten und Dörfern bei jedem Wetter unsere Zeitung »an den Mann« brachten.

In Ausgabe 05/2019 unserer Märkischen Linken ist auf Seite 7 nachlesbar, warum ein gedrucktes Medium in unserer Zeit unerlässlich ist. Der Geschäftsführer des »neuen deutschland« führt aus: »Die Mitglieder« (der Linken) »suchen nach Informationen, Analysen und Bewertungen

der gesellschaftlichen Entwicklung«. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, eine linke »Gegenöffentlichkeit« zu erhalten. Der Chefredakteur des nd betont, dass es notwendig ist, »eine möglichst große Bandbreite aktueller gesellschaftlicher und internationaler Entwicklungen abzubilden, zu informieren, zu analysieren und diese einzuordnen«.

Unsere Märkische Linke versuchte immer, in diesem Sinne lokale und überregionale Ereignisse einzuordnen und allen Lesern Denkanstöße zu vermitteln.

Über knapp drei Jahrzehnte hinweg haben sich hunderte Mitglieder und Sympathisanten mit ihren Beiträgen an der Gestaltung unserer Zeitung beteiligt, haben aus ihren Regionen bzw. Fachbereichen berichtet. Das trug genauso wie der regelmäßig von Kirsten Tackmann erscheinende Bundestagsreport dazu bei, Politik besser zu verstehen und unsere linke Politik einem breiteren »Publikum« zu vermitteln.

Internet ganz schön und gut, aber mancher will eben lieber etwas gedrucktes schwarz auf weiß in der Hand halten. Wie der Kreisvorstand diese Informationslücke schließen will, ist bisher nicht bekannt. Gerade in der gegenwärtigen prekären politischen Situation wäre es doch notwendig, alle politischen und informellen Mittel zu nutzen, um z.B. auch unsere linke Landespolitik als Oppositionspartei unseren Mitglieder*innen und den Bürger*innen zu vermitteln.

Achim Behringer, Christa Horstmann, Achim Müller, Jürgen Schubert

Bundestagsreport

Breite politische Allianz ist nötig

Ökologische und soziale Konflikte stehen in einem engen Zusammenhang



Foto: DIE LINKE/Martin Heinlein

Der Klimawandel und der Verlust biologischer Vielfalt haben das Zeug dazu, die soziale Spaltung der Gesellschaft weiter zuzuspitzen. Klingt komisch, ist aber so. Denn der Kapitalismus lebt nicht nur auf Kosten vieler Menschen, sondern auch auf Kosten ihrer natürlichen Lebensgrundlage. Deshalb muss auch der Kampf für den Klimaschutz gerade von der LINKEN zu einer der zentralen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen gemacht werden, auch wenn nicht alle sofort diesen engen Zusammenhang zwischen ökologischen und sozialen Konflikten sehen. Es ist unsere Herausforderung, uns in diesen Kampf aktiv einzumischen. Nicht aus Selbstzweck, sondern, um zu verhindern, dass ausgerechnet die die Zehne zahlen müssen, die bei der Feier gar nicht dabei waren, aber von den Folgen am meisten betroffen wären.

Gebraucht wird eine breite politische Allianz gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur durch ein geld- und machtgetriebenes System, in dem einige wenige

reich werden auf Kosten von uns allen. Diese Allianz wird aber nur entstehen, wenn klar formuliert wird, wer wirklich von diesem System profitiert.

Aktionsplan Klimagerechtigkeit

Viele der Fragen, wie unser Zusammenleben klimagerechter werden kann, hat die Bundestagsfraktion der LINKEN in einem Aktionsplan Klimagerechtigkeit aufgegriffen, aus dessen Entwurf vier Kapitel (Energie, Wohnen, Verkehr und Landwirtschaft) am 26.11.2019 in einer öffentlichen Veranstaltung im Fraktionsaal vorgestellt wurden. Der im Kapitel I beschriebene rote Faden ist bereits durch die Bundestagsfraktion beschlossen, die weiteren fachpolitischen Kapitel werden bis zur Klausur in Rheinsberg im Januar 2020 weiter diskutiert.

Gerade bei Lebensmitteln muss DIE LINKE beantworten, wie die Versorgung mit nachhaltig und klimaschonend produzierten Lebensmitteln gesichert wird, man von landwirtschaftlicher Arbeit leben kann und Lebensmittel auch bezahlbar sind. Gerade die an diesem Tag sehr gut sichtbaren Bauernproteste rund um den Bundestag dürften spätestens allen klargemacht haben, was für DIE LINKE immer selbstverständlich war: die soziale und die ökologische Frage sind nicht nur eng verknüpft, sondern ihre Lösung bedingt einander.

Ein Einfaches »Weiter so« geht nicht. Die falsche Agrarpolitik, vor allem in der EU und im Bund, hat die Agrarbetriebe in eine Sackgasse gefahren – wer weiter

zulässt, dass die Landwirtschaft auf eine möglichst billige Warenproduktion reduziert wird, nimmt mindestens billigend in Kauf, dass sie die Profite der Saatgut-, Verarbeitungs- und Handelskonzerne oder Bodenspekulanten erarbeiten, aber selbst oft nicht von ihrer Arbeit leben können, aber für die Folgen am Pranger stehen. Nur ca. 13% der Wertschöpfung der Lebensmittellieferkette bleiben in den Agrarbetrieben, satte 85% fließen in andere Taschen – meist ohne Bezug zu den ländlichen Räumen. Wer also will, dass biologische Vielfalt, Klima und Tiere besser geschützt werden, muss auch dieses falsche System als Ursache ändern wollen, statt nur seine Symptome zu lindern.

Wem gehört das Land?

Dazu müssen die Bodenfrage (»Wem gehört das Land?«) beantwortet, aber auch mehr regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen geschaffen werden, Lebensmittelverschwendung vermieden und Tiere dort gehalten werden, wo sie in die regionalen Stoff- und Wirtschaftskreisläufe gut eingebunden werden können – und natürlich nur so viele, wie wirklich gebraucht werden. Synthetischen Pflanzenschutz und mineralische Düngung zu minimieren gehört ebenfalls dazu.

Wir können nicht auf Kosten der nächsten Generationen leben. Wir haben keine Zeit mehr für Ausreden – wir müssen gemeinsam handeln.

Kirsten Tackmann, MdB

Aktuelles aus den Städten und Gemeinden

Haushalt der Fontanestadt - wir machen ihn sozialer!

Am 16. Dezember 2019 tagt die Stadtverordnetenversammlung Neuruppin und will den Haushalt für das Jahr 2020 beschließen.

Auch in diesem Jahr hat die Stadtfraktion der LINKEN die Erarbeitung des Haushaltes mit strengen Augen begleitet und diesen an den Stellen, wo es notwendig war, nachgebessert. So konnten auf unseren Antrag hin Kürzungen beim Frauenhaus und bei der Obdachlosenunterkunft K6 verhindert werden. Hierzu sagte unser Fraktionsmitglied Ronny

Kretschmer beim Haupt- und Finanzausschuss, dass ein Haushalt, der versucht, bei den Schwächsten zu kürzen, nicht sozial ist und keine Zustimmung durch die Linksfraktion erhalten hätte.

Außerdem freut es uns, dass auch eine langjährige Forderung der LINKEN aufgenommen wurde: Das JFZ wird auch langfristig finanziell durch die Stadt Unterstützung erfahren, hier durch Personalmittel. Deshalb wird unsere Fraktion dem Haushalt für das Jahr 2020 seine Zustimmung geben, denn wir sehen, dass unsere

wichtigsten Forderungen eingearbeitet wurden.

Aber wir mussten auch feststellen, dass sich in den letzten Jahren ein gehöriger Investitionsstau angesammelt hat, der den Haushalt in den nächsten Jahren zusätzlich belasten wird. Hier ist es die Aufgabe der Abgeordneten, dafür zu sorgen, dass nicht zu viele neue Vorhaben angestrebt werden, bevor nicht Altes endlich abgearbeitet ist.

Paul Schmudlach

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Aus dem Landtag berichtet

»Libyen« regiert nun Brandenburg

Nachdem am 19. November 2019 die brandenburgischen Parteispitzen von SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Koalitionsvertrag unterzeichnet haben, standen am Mittwoch die Wahl des Ministerpräsidenten und die Vereidigung der neuen Minister*innen auf der Tagesordnung des Landtages.

Bei der Wahl von Dietmar Woidke zum Ministerpräsidenten zeigten sich sogleich Risse in der neuen Libyen-Koalition. Diese hat mit 50 von 88 Abgeordneten eigentlich eine komfortable Mehrheit. Bei der geheimen Wahl stimmten aber nur 47 Abgeordnete für D. Woidke. Überzeugend war das nicht.

Neben der Vereidigung der neuen Regierung wurde auch der Gesetzentwurf zur Bildung eines Sondervermögens eingebracht. Kurz bevor die Schuldenbremse greift, will die Koalition noch eine Milliarde Euro Schulden machen, um die vage angekündigten zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur des Landes über einen Zeitraum von 10 Jahren zu realisieren. DIE LINKE kritisiert dieses Vorgehen scharf. Nicht, weil wir gegen eine Neuverschuldung sind, sondern weil völlig undurchsichtig ist, wofür diese zusätzlichen Mittel tatsächlich verwendet werden sollen,

und der Verdacht nahe liegt, dass nur weitere konsumtive Ausgaben wie z.B. zusätzliches Personal finanziert werden soll. Allein für weitere Staatssekretäre und deren Entourage (14 Stellen) werden jährlich eine Million Euro zusätzlich an Personalkosten benötigt.

Außerdem ist das Vorgehen inkonsequent. Mit einem eigenen Antrag hat DIE LINKE versucht, die Schuldenbremse grundsätzlich in Frage zu stellen, um zukünftigen Landesregierungen zu ermöglichen, mit einer gezielten Investitionspolitik konjunkturelle Schwächephasen auszugleichen. Dies fordern in der Zwischenzeit mehrere prominente Wirtschaftswissenschaftler, der DGB und selbst die GRÜNEN auf ihrem jüngsten Bundesparteitag. Die neue Koalition lehnte den Vorschlag rundweg ab.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen wird sich auf mehreren Sitzungen mit dieser Problematik beschäftigen müssen, denn der Zeitdruck der neuen Koalition ist hoch. Bis zum 31.12.2019 muss der Beschluss zur Aufnahme des Milliarden-Kredites zur Bildung eines Sondervermögens gefasst und der Kredit aufgenommen sein, denn anschließend greift die oben erwähnte - im Grundgesetz

verankerte - Schuldenbremse auch für die Bundesländer.

Die neue LINKS-Fraktion hat sich sortiert

Die 10 Abgeordneten der LINKS-Fraktion im Brandenburgischen Landtag haben sich in der Zwischenzeit neu sortiert. Die vorläufige Fraktionsführung wurde bei einer Neuwahl mit großer Mehrheit bestätigt, zusätzlich wurde mit Marlen Block eine stellv. Fraktionsvorsitzende gewählt. An der Spitze stehen weiterhin Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter, sowie als parlamentarischer Geschäftsführer Thomas Domres.

Die Ausschüsse konstituieren sich Anfang Dezember, und auch hier sind die Mitglieder der Fraktion bestimmt worden. Zusätzlich wurden fraktionsinternen Arbeitskreise gebildet, und auf einer Klausurtagung wurde am Arbeitsplan der Landtagsfraktion gearbeitet.

Auf der Internetseite der Landtagsfraktion finden sich dazu weitere Informationen. <https://www.linksfraktion-brandenburg.de/home/aktuelles/>

*Ronny Kretschmer
Landtagsabgeordneter*

Neues aus dem Kreistag

Kreistag soll Haushalt für 2020 beschließen

In den vergangenen Wochen tagten die Fachausschüsse zum Haushaltentwurf des Landkreises OPR. Nur der Jugendhilfeausschuss gab dabei ein positives Votum ab. DIE LINKE hat starke Bauchschmerzen bei dem von Landrat Ralf Reinhardt vorgelegten Entwurf.

Zum einen soll die Kreisumlage bei 41 Prozent belassen werden, was bedeutet, dass die Städte und Gemeinden des Landkreises weiterhin 41 Prozent ihrer Einnahmen an den Landkreis abführen sollen und ihnen diese Mittel für die eigene Haushaltsplanung nicht zur Verfügung stehen. Dabei hat sich die Finanzsituation des Landkreises in den letzten Jahren deutlich verbessert, und die Schulden sind nahezu abgebaut.

Zum zweiten will der Landrat sehr umfangreiche Finanzmittel (mindestens 18 Millionen) in einen weiteren Neubau der Kreisverwaltung stecken. DIE LINKE stellt dies grundsätzlich in Frage, da eine

Reihe von kreiseigenen Immobilien einen hohen Sanierungsbedarf haben, darunter auch Schulen in Trägerschaft des Landkreises. Unklar ist darüber hinaus, was aus dem (alten) Landratsamt in der Neurruppiner Virchowstraße geschehen soll.

Der Kreis- und Finanzausschuss machte in seiner Sitzung am 21. November deutlich, dass er den durch den Landrat vorgeschlagenen Weg nicht mitzugehen bereit ist. Daraufhin zog er die Vorlage zurück und will auf der Kreistagssitzung einen neuen Vorschlag präsentieren.

Ebenfalls für große finanzielle Verunsicherung sorgte die wirtschaftliche Situation in zwei kreiseigenen Unternehmen. Die Ostprignitz-Ruppiner Nahverkehrsgesellschaft wird schon in 2019 eine Finanzspritze von 1,2 Millionen Euro benötigen - in 2020 sind knapp 2 Millionen als Bedarf angemeldet. Wesentlich schwieriger schein die Situation in den Ruppiner Klini-

ken zu sein. Die Geschäftsführer artikulieren sehr deutlich, dass das Unternehmen ein Sanierungsfall ist und ebenfalls einen hohen Finanzbedarf hat. Dazu müssen aber zunächst alle Zahlen offengelegt werden, um eine Entscheidung treffen zu können. Fakt ist aber - und der Fraktion DIE LINKE im Kreistag OPR ist das klar - ohne finanzielle Unterstützung des Landkreises wird es im kommenden Jahr nicht gehen. Wie hoch das finanzielle Risiko letztendlich ist und welche Belastung dem Haushalt des Landkreises daraus erwachsen, all dies ist noch weniger klar und bedarf intensiver Beratungen.

Für DIE LINKE gilt der Grundsatz, auch in Zeiten wirtschaftlicher Not steht eine (Teil)Privatisierung der kreiseigenen Unternehmen nicht zur Debatte.

*Ronny Kretschmer
Fraktionsvorsitzender*

Bundesverfassungsgericht schiebt Riegel vor

Für eine Zukunft frei von Hartz IV und Armut - Eine kritische Bilanz nach 15 Jahren Hartz IV

Am 1. Januar 2020 sind die Hartz IV-Gesetze 15 Jahre in Kraft. Ich nehme das zum Anlass für eine kritische Bilanz, einen Blick nach vorn und einen Dank.

Armut per Gesetz

Unsere Partei hat seit seiner Erfindung Hartz IV kritisiert. Was mussten wir uns anhören, als wir plakatierten: Hartz IV ist Armut per Gesetz. Doch wir können das mit offiziellen Zahlen untermauern. Die Armutslücke, also die Differenz zwischen der durchschnittlichen Hartz-IV-Leistung und der Armutsgrenze beträgt inzwischen über 390 Euro im Monat. Das heißt, ein Alleinstehender in Hartz IV, der keine weiteren Einkommen hat, lebt rund 390 Euro unter der Armutsgrenze.

Unterm Damoklesschwert Sanktionen

Mehr als jeder dritte Widerspruch gegen Sanktionen bekommt ganz oder teilweise Recht. Das heißt, im Alltag werden Sanktionen vorgenommen, die selbst nach den harten Gesetzen keinen Bestand haben. Menschen wird also unrechtmäßig das Existenzminimum gekürzt. Menschen, die in der Regel kein finanzielles Polster haben.

Auch Kinder sind indirekt davon betroffen: 2018 lebten rund 33 Prozent der Sanktionierten mit Kindern zusammen. Sanktionen gefährden also auch das Kindeswohl.

Karlsruhe schiebt Riegel vor bisherige Sanktionspraxis

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt: Es gibt ein

Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum: »Insbesondere die Menschenwürde ist ohne Rücksicht auf Eigenschaften & sozialen Status wie auch ohne Rücksicht auf Leistung garantiert; sie muss nicht erarbeitet werden, sondern steht jedem Menschen aus sich heraus zu.«

Das Gericht hat einen Riegel vor die bisherige Sanktionspraxis geschoben. Nun müssen wir den politischen Kampf um die Neuregelung führen. DIE LINKE wird sich dabei für Sanktionsfreiheit einsetzen. Was mich besonders froh stimmt: Der Widerstand gegen die Sanktionen ist in den letzten Jahren immer mehr gewachsen. Wir werden immer mehr.

Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt

Übrigens stellt die Regierung für die Arbeitsvermittlung von Hartz-IV-Betroffenen pro Kopf nur ein Fünftel der Summe zur Verfügung, die in der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung steht. Kein Wunder, wenn dann jede 2. Arbeitsaufnahme nicht aus dem Hartz-IV-Bezug herausführt und mehr als jede 3. Arbeitsaufnahme kürzer als 6 Monate dauert. Hartz IV – das bedeutet eben auch Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt. Kaum ist man raus, ist man schon wieder drin.

Angriff auf Arbeitsstandards

Im Zuge von Hartz IV hat die Bereitschaft zugenommen, schlechte Jobs anzunehmen. Hartz IV – das ist also auch ein Angriff auf Arbeitsstandards und Löhne. Umso absurder ist es, wenn die Hartz-IV-Fraktionen den Eindruck erwecken,

niedrige Regelsätze seien im Interesse der hart arbeitenden Menschen.

Natürlich, die Beschäftigten verdienen mehr. Deshalb unterstützen wir ja ihre Kämpfe um höhere Löhne. Was jedoch hat z.B. die Pflegekraft davon, wenn es den Hartz-IV-Betroffenen weiterhin schlecht geht? Kann sie davon ihren Kindern auch nur ein Paar Schuhe mehr kaufen? Nein.

Blick nach vorn

15 Jahre Hartz IV – ist auch ein Anlass, nach vorne zu schauen. Es ist höchste Zeit, Hartz IV zu überwinden durch gute Arbeit, die zum Leben passt, eine verbesserte Arbeitslosenversicherung, eine eigenständige Kindergrundsicherung sowie eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Freiheit von Armut für alle ist möglich!

Wo Solidarität praktisch wird

An dieser Stelle möchte ich einmal danke sagen: Mein ganzer Respekt gilt den vielen Initiativen, die weiter beharrlich gegen Hartz IV kämpfen, die unabhängige Beratung leisten und die deutlich machen: Keiner muss allein zum Amt. Sie leisten tagtäglich praktische Solidarität. Ihr Einsatz ist eine wahre Leistung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Lasst uns gemeinsam weiterkämpfen!

Und zwar solange, bis Hartz IV und Armut in die Geschichtsbücher verdammt sind. Für eine Zukunft ohne Hartz IV und frei von Armut.

*Katja Kipping
Vorsitzende DIE LINKE*

Gruppe der linksjugend [´solid] gegründet

Hi, wir sind die [´solid]-Kreisgruppe HOPR. [´solid] ist der Jugendverband der LINKEN, den es nun auch in Neuruppin gibt. Anders als andere Jugendverbände, wie zum Beispiel die Jungen Grünen oder die JU (Junge Union), ist aber [´solid] viel unabhängiger von der Mutterpartei. Man kann z.B. auch nur bei [´solid] Mitglied sein, ohne das auch bei der LINKEN sein zu müssen.

Aber nun wieder zur Neuruppiner Ortsgruppe, in der wir schon 25 junge Frauen und Männer sind. Wir selbst verstehen uns als sozialistisch, antifaschistisch, basisdemokratisch und feministisch. Na-

türlich machen wir auch mal was und sitzen nicht nur faul herum. So haben wir letztes ein großes Transparent für die nächste Fridays for Future-Demo in Neuruppin angefertigt, wo groß draufsteht: »Klima schützen=Menschen schützen Solidarität«. Wir machen aber auch Aktionen wie einfach mal gemeinsam Kekse backen oder feiern. Wir wollen jungen links orientierten Menschen einfach eine politische Heimat bieten, wo sie Aktionen planen können und mal Gleichgesinnte



Foto: Paul Schudmlach

kennen lernen können, ohne gleich einer Partei beitreten zu müssen.

Ernst Leist

Unterstützt mit Cuba Sí die Geburtsklinik »Ramón González Coro« in Havanna!

Kostenlos - aber es kostet

Fragt man einen Kubaner nach den Vorzügen seines Landes, nennt er mit Sicherheit auf Anhieb die kostenlose medizinische Versorgung, die kostenlose Bildung und die Sicherheit (»aquí todo es tranquilo« - »hier ist alles ruhig«).

Der kubanische Staat investiert einen Großteil seines Haushalts in die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten, von Schwestern und Pflégern, in die pharmazeutische Industrie, in den Import von Arzneimitteln und Medizintechnik. Das kubanische Gesundheitswesen ist gut organisiert und wesentlich auf das Prinzip der Prophylaxe ausgerichtet, der Vorbeugung von Krankheiten und ihrer Früherkennung. Eines der bekanntesten und bedeutendsten Ergebnisse ist die für den gesamten amerikanischen Kontinent niedrigste Säuglingssterblichkeit von etwa 0,4 %.

Unbeeinflusst durch Profitstreben und Kommerz arbeiten die Angehörigen des Gesundheitswesens nach wahrhaft humanistischen Grundsätzen, und dies nicht nur in ihrer Heimat, sondern in über 60 Ländern der Erde. An der Medizinischen Hochschule für Lateinamerika (ELAM) werden tausende Studenten aus ganz Lateinamerika und der Karibik, ja sogar aus den Vereinigten Staaten, zu Ärzten ausgebildet, und zwar kostenlos.

»Gratis pero cuesta« (kostenlos aber es kostet) – diese Zeile kann man in vielen Krankenhäusern lesen, und darunter die bei einzelnen Behandlungsmaßnahmen, z. B. Operationen, anfallenden Kosten.

Von den Kosten können wir in Deutschland auch ein Lied singen, wobei unsere »Kostenexplosion« zum Teil hausgemacht, systemimmanent, ist. Nur mit der Produktion von Waffen kann heute mehr verdient werden als mit der Herstel-

lung von Medizintechnik und in der Pharmaindustrie!

Diese Entwicklung und vor allem die inhumane und unter der Trump-Administration verschärfte Blockade macht Kuba schwer zu schaffen. So gibt es selbst in profilierten Einrichtungen Engpässe an Medikamenten und Verbrauchsmaterialien und einen erheblichen Bedarf an moderner Medizintechnik.

Dies konnten unsere Freunde im März 2018 während einer von Cuba Sí und vom ICAP (Kubanisches Institut der Völkerfreundschaft) organisierten Reise hautnah erleben, desgleichen eine Parlamentariergruppe der LINKEN im Mai 2018. Drei unserer Freunde, die das Krankenhaus besucht hatten, ergriffen kurz darauf die Initiative zur Gründung der Unterstützungsgruppe »Geburtsklinik Ramón González Coro«. Diese Klinik ist Nationales Referenzzentrum für Risikoschwangerschaften, Frühgeborene, Neugeborene und für die Diagnostik und Behandlung der Unfruchtbarkeit.

Anfangs richteten wir unser Augenmerk in erster Linie auf die Intensivstation für Neu- und Frühgeborene, nächstens auf die Anästhesie- und die geburtshilfliche Abteilung. Wir begannen mit der Sammlung von Sachspenden, überwiegend ausgesonderte, aber noch gut funktionierende Medizintechnik, wie zum Beispiel Infusionspumpen und Monitore, aber auch ein spezielles Beatmungsgerät, sowie Ausstattungen (Betten, Mobiliar), die wir aus Krankenhäusern von Luckenwalde, Dresden-Neustadt, Freital, Jena, Chemnitz, Berlin-Buch und Potsdam übernehmen konnten. Spezielle Verbrauchsmaterialien für die geburtshilfliche Abteilung spendete die Herstellerfirma, deren Chefin bereits in Havanna die Bekanntschaft von Geburtshelfern gemacht hatte.

Nachdem das Krankenhausprojekt auch in der Finanzplanung 2019 von Cuba Sí verankert war und sich ein erfreulicher Spendensegen für das Projekt abzeichnete, konnten wir nicht nur Verbrauchsmaterialien, sondern auch hochwertige Medizintechnik beschaffen, so zum Beispiel ein Ultraschallgerät für die Un-



Havanna, 29. Oktober 2019, Intensivstation der Geburtsklinik »Ramón González Coro«; Untersuchung eines Neugeborenen mit einem Ultraschallgerät, das Cuba Sí aus Spendenmitteln nach Kuba schicken konnte. Foto: Cuba Sí

tersuchung des Herz-Kreislauf-Systems (18.500 Euro), Geräte zur Untersuchung und Behandlung der sogenannten Neugeborenen-Gelbsucht (7.500 Euro) und einen Neugeborenen-Inkubator (»Brutkasten«, 6.000 Euro). Bisher wurden die Materialien bei Besuchsreisen, per Container und per Luftfracht an unsere Compañeras und Compañeros geliefert, zu denen wir persönlich und per E-Mail »einen guten Draht« haben. Ein großer (40-Fuß) Container mit Betten, Matratzen, Verbrauchsmaterialien und Geräten wird noch im November auf die Reise gehen.

Für das kommende Jahr sind Beatmungsgeräte für die Neu- und Frühgeborenen-Intensivstation und Narkosegeräte für die Anästhesieabteilung geplant. Auch eine ärztliche Hospitation an einer profilierten Berliner Klinik ist angedacht.

Dafür braucht Kuba, braucht das Krankenhaus in Havanna, brauchen wir für Kuba und das Krankenhaus vor allem eines: Geld, Geld und nochmals Geld - und natürlich auch geeignete Sachspenden.

*Dr. Rainer Lindemann
Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí
beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE*

Geldspenden auf das Sonderspendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE/Cuba Sí

Empfänger: DIE LINKE/Cuba Sí
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC/SWIFT: BE LA DE BE XXX
Verwendungszweck: »Kuba muss überleben/KRH2019«

Sachspenden

Bitte telefonisch (030/24009456) oder per E-Mail (berlin@cuba-si.org) abstimmen.

Weitere Informationen zur Solidaritätsarbeit von Cuba Sí im Internet unter:

- cuba-si.org
- www.facebook.com/cubasi.berlin

Unser Konto für Spenden/Beiträge:

DIE LINKE. KV. OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin

Einer der schönsten der Region

Nun ist er wieder in alter Pracht zu erleben

Der Protzener Gutspark erstrahlt in neuem Glanz. Rund 100 Protzener Einwohner und Gäste waren bei der Eröffnung des sanierten Gutsparkes dabei.

Die Parkanlage stammte ursprünglich aus dem Jahr 1823. Fontane bezeichnete in seinen »Wanderungen« den Gutspark einst als einen der schönsten in der Region. Über die Jahrzehnte, besonders nach 1945, ist der Park dann immer mehr verwildert, zuletzt glich er eher einem Urwald.

Mit der Übergabe des Parkes ist nun ein lang gehegter Wunsch der Protzener in Erfüllung gegangen, auch dank der Hartnäckigkeit des Ortsbeirates. Bereits vor 10 Jahren gab es erste Anstrengungen und Aufrufe zur Sanierung. Aber erst mit Bewilligung von Fördermitteln aus dem Leader-Programm zur ländlichen Entwicklung 2017 konnte der Wunsch realisiert werden. Insgesamt hat die Planung und Sanierung 253.000 Euro gekostet, davon waren 218.000 Euro Fördermittel.



Foto: Dieter Sarnow

Der Park mit seinem alten Baumbestand und vielen neu hinzugekommenen Pflanzen wird nicht nur für die Protzener ein Ort der Erholung sein. Davon profitiert die ganze Fehrbelliner Region, und auch Touristen sowie Wanderer auf dem Pilgerweg von Bad Wilsnack nach Berlin können hier im Park Ruhe und Besinnung finden.

Die Protzener sind der Verwaltung, allen voran der Bürgermeisterin Ute Behncke, jedenfalls sehr dankbar und froh über ein neues Kleinod bzw. Juwel im Ort.

Dieter Sarnow
Ortsvorsteher Protzen

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de

Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10 - 12 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de

Sprechzeiten:
Mo. 14 - 16 Uhr
Die. u. Do. 10 - 12 Uhr
Mi. 14 - 16 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de

Sprechzeiten:
Die.-Do. 10 - 12 Uhr
Do. 16 - 18 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10 - 13 und 14 - 16 Uhr
Mittwoch 16 - 19 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1

Termin nach Absprache

Kreisschatzmeisterin **Kerstin Brendler**
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Termin nach Absprache

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. 10 - 12 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09 - 15.30 Uhr
Mi. 09 - 12.00 Uhr
Do. 12 - 15.00 Uhr



Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Sonabend, 14.12.19	Landesparteitag DIE LINKE. Brandenburg Seminaris SeeHotel Potsdam
Donnerstag, 02.01.20	Beratung des RV DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 06.01.20	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 09.01.20	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Wochenende 29.2./1.3.20	Strategiekonferenz DIE LINKE in Kassel Mehr dazu: https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2018-2020/beschluesse/detail/news/strategiekonferenz-2020/

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin
V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: redaktionml@dielinke-opr.de
Redaktion : Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm),
Jürgen Schubert (js)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., ?
Erscheinungsdatum: Mi., ?